

## Antrag

**der Abgeordneten Jürgen Braun, Beatrix von Storch, Waldemar Herdt, Dr. Anton Friesen, Marcus Bühl, Petr Bystron, Siegbert Droese, Thomas Ehrhorn, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Albrecht Glaser, Verena Hartmann, Lars Herrmann, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Enrico Komning, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Volker Münz, Christoph Neumann, Gerold Otten, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle, Dr. Christian Wirth, und der Fraktion der AfD**

### **BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS; Eigenbezeichnung in Deutschland: „BDS-Kampagne – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“; im Folgenden „BDS-Bewegung“), ist eine transnationale politische Bewegung, die Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will. Ihr Ziel ist die Dämonisierung und Delegitimierung Israels und letztlich dessen Vernichtung.

Die „Palästinensische Zivilgesellschaft“, ein Verbund von 170 NGOs, rief erstmals im Juli 2005 zu „Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt“ (<https://bdsmovement.net/call#German>).

Seit dem Aufruf von 2005 hat sich die BDS-Bewegung neue Ziele gesetzt: Israel müsse die Besetzung und Besiedlung „allen arabischen Landes“ beenden sowie „den palästinensischen Flüchtlingen und deren Nachkommen die Rückkehr in ihre frühere Heimat und zu ihrem Eigentum ermöglichen“.

Seit 2009 gelang es der BDS-Bewegung, eine Reihe von Boykottmaßnahmen gegen Israel international zu implementieren. Dazu gehört insbesondere der ausdrückliche Herkunftsnachweis für Waren aus den israelischen Palästinensergebieten. Für diese wurde damit eine faktisch wirtschaftliche Anerkennung als eigenständiger Staat geschaffen, ohne dass dies in irgendeiner Weise legitimiert wäre. Firmen in Norwegen, Großbritannien, Südafrika, die EU als Ganzes sowie einige Unternehmen in der Schweiz und in den USA haben sich dem angeschlossen.

Manche BDS-Vertreter bestreiten das Existenzrecht Israels und wollen den Staat Israel abschaffen. Die Mehrheit der Politikwissenschaftler und die meisten internationalen

Antisemitismusexperten bezeichnen die BDS-Kampagnen als antizionistisch, antisemitisch und als gegen den jüdischen Staat gerichtet. Viele Mitglieder der BDS-Bewegung stehen in Verbindung mit extremistischen und offen antisemitisch agierenden Organisationen.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum bewertet die Aktivitäten der BDS-Bewegung von ihren Anfängen bis heute als eindeutig antisemitisch und auf die Vernichtung Israels hin ausgerichtet. Die BDS-Bewegung taucht Jahr für Jahr in der vom Simon-Wiesenthal-Zentrum herausgegebenen Liste der weltweit gravierendsten antisemitischen und antiisraelischen Vorfälle auf; so 2018 auf den Plätzen drei, sieben und zehn. Auf Platz sieben verzeichnete das Simon-Wiesenthal-Zentrum seinerzeit die Geschäfte der deutschen Bank für Sozialwirtschaft mit dem Verein „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“, einer BDS-Unterstützerorganisation. 2017 rangierte die BDS-Bewegung auf den Plätzen drei und neun, 2016 auf den Plätzen eins und vier ([www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/-REPORT\\_313.PDF](http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/-REPORT_313.PDF)).

Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, nennt die BDS-Bewegung „im Kern antisemitisch“ (<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/bds-ist-im-kern-antisemitisch/>).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. zur Kenntnis zu nehmen, dass die BDS-Bewegung ihren Ursprung in antisemitischen und antizionistischen Initiativen arabischer Gruppen hat, die lange vor der Gründung des Staates Israel bereits aktiv waren und die zwischen 1933 und 1945 in engem und freundschaftlichem Kontakt mit der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands standen;
  2. allen Gruppierungen, die sich zur BDS-Bewegung zählen, sofort jegliche Förderung aus Bundesmitteln zu streichen; dies gilt insbesondere auch für die finanzielle Unterstützung BDS-naher NGOs durch parteinahe Stiftungen;
  3. Die BDS-Bewegung bundesweit, zum Beispiel auf dem Wege des Vereinsrechtes, zu verbieten;
  4. mit der israelischen Regierung Konsultationen zur gemeinsamen Bekämpfung des Antisemitismus jedweder Ausprägung zu initiieren;
  5. sich zur Verantwortung für das Unrecht zu bekennen, dass jüdischen Siedlern in Palästina durch arabische Boykottaufrufe in Zusammenarbeit und im Zusammenhang mit der Herrschaft des Nationalsozialismus angetan wurde.

Berlin, den 9. April 2019

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Die BDS-Bewegung hat in Palästina viele Vorläufer und der Boykott jüdischer Aktivitäten beginnt bereits vor der Gründung des Staates Israel: 1922 verbietet der 5. Palästinensisch-Arabische Kongress den Verkauf von Land an Juden und die Förderung jüdischer Geschäfte. 1929 wurde das Verbot auf alle jüdischen Produkte ausgeweitet. 1931 rief der Islamische Weltkongress zum Boykott von Unternehmen auf, die von Mitgliedern der zionistischen Bewegung im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina betrieben wurden. Im März 1933 forderte das Arabische Exekutivkomitee den Boykott britischer und zionistischer Produkte. Diese Boykottaufrufe wurden unter dem Einfluss des nationalsozialistischen Boykotts jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 verstärkt: Im Oktober 1934 entschied die „Arab Labour Federation“, jüdische Unternehmen zu bewachen und zu boykottieren. Der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, ein großer Verehrer Adolf Hitlers, drang auf den Boykott aller jüdischen Läden und Händler (Gil Feiler: *From Boycott to Economic Cooperation: The Political Economy of the Arab Boycott of Israel*, 1998, S. 21 bis 24).

Nach 1948 fokussierte sich die arabische Boykottbewegung auf die Vernichtung des Staates Israel. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Ziele modifiziert und an die politischen Realitäten angepasst. Rückschläge erlitt die Bewegung durch die Friedensinitiativen von Madrid (1991) und Oslo (1993) und die sich dadurch verbessernden Beziehungen Israels zu seinen arabischen Nachbarn.

Mit der zweiten Intifada im Jahr 2000 gewann die antiisraelische Boykottbewegung wieder an Stärke. Ein Meilenstein hierbei war die Durban-Konferenz 2001. Unter dem Schuttschirm der Vereinten Nationen wurde dort eine umfassende antiisraelische Agenda ausformuliert. Israel, so hieß es, sei ein rechtloser, rassistischer Apartheidsstaat, der permanent Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen an den Palästinensern betreibt ([www.discoverthenetworks.org/organizations/boycott-divestment-sanctions-movement-bds/](http://www.discoverthenetworks.org/organizations/boycott-divestment-sanctions-movement-bds/)).

Auf dem BDS-Webportal (<http://bds-kampagne.de/>) ist unter „Artwashing Apartheid“ zu lesen: „Wir, die unterzeichnenden Einwohner\*innen Europas und darüber hinaus, fordern die Mitglieder der Europäischen Rundfunkunion – unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – auf, sich aus dem Eurovision Song Contest 2019, der von Israel ausgerichtet wird, zurückzuziehen, um zu verhindern, an Israels anhaltenden Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte beteiligt zu sein. Wir fordern Liedermacher\*innen und Musiker\*innen auf, 2019 den Wettbewerb in Israel zu boykottieren, so wie sie einst das Apartheid-Regime in Südafrika boykottiert haben.“ Begründet wird das damit, dass „das israelische Apartheid-Regime“ daran arbeite, ein „hübscheres Gesicht“ Israels zu präsentieren, indem es „seine jahrzehntelange Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser\*innen durch Kunst reinwäscht“ (<https://secure.everyaction.com/p/N3q5tyBFYEqYpvJgTyR8wQ2>).

Das „Kauft nicht bei Juden!“ im nationalsozialistischen Deutschland wird auf diese Weise zeitgemäß erweitert zum „Hört nichts von Juden!“ und „Feiert nicht mit Juden!“. Selbst die linke „taz“ bestätigt, dass es der BDS-Bewegung „nicht um das Wohl der Palästinenser“ gehe. Sie bezeichnet die BDS-Bewegung als im Kern antisemitisch ([www.taz.de/Kommentar-BDS-und-Antisemitismus!/5563098/](http://www.taz.de/Kommentar-BDS-und-Antisemitismus!/5563098/)).

Die BDS-Bewegung erhält durch zahlreiche ihr nahestehende NGOs finanzielle Unterstützung. Ein Beispiel hierfür ist die NGO Al-Haq („Wahrheit“), die der BDS-Bewegung finanziell beisteht und von einem vorbestraften palästinensischen Terroristen geführt wird. Der Geschäftsführer von Al-Haq ist seit 2006 Shawan Jabarin, führendes Mitglied der PLFP, die von der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Weitere vorbestrafte, bei Al-Haq angestellte PLFP-Terroristen sind Ziyad Muhammad Shehadeh Hamedian, Zahi Abd-Al-Hadi Muhammad Jaradat und Majed Omar Daud Abbadi. Al-Haq wird finanziert durch den Zivilen Friedensdienst (ZFD) des BMZ, die Heinrich-Böll-Stiftung, Brot für die Welt und die Europäische Union. Die Finanzierung ist intransparent. Weder Al-Haq noch das BMZ haben Zahlen vorgelegt. Die EU hat Al-Haq 2018 eine dreijährige Projektfinanzierung in Höhe von 296.600 € gewährt ([www.ngo-monitor.org/ngos/al\\_haq/](http://www.ngo-monitor.org/ngos/al_haq/)).

Insbesondere die deutschen Parteistiftungen alimentieren BDS-nahe NGOs: Die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) subventioniert unter anderem die „Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs“ (PASSIA), die zudem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH finanziert wird. Bei PASSIA-Konferenzen sprechen Hamas-Vertreter wie Mazen Sinokrot (21.05.2015) und Khalid Abu Arafah (17.02.2010). Gastredner Sheikh Ikrima Sabri (17.02.2010) befürwortet das Märtyrertum und Selbstmordattentate durch Kinder: „Je jünger der Märtyrer, desto größer meine Hochachtung“ (zitiert nach [www.ngo-monitor.org/ngos/palestinian\\_academic\\_society\\_for\\_the\\_study\\_of\\_international\\_affairs\\_passia/](http://www.ngo-monitor.org/ngos/palestinian_academic_society_for_the_study_of_international_affairs_passia/)). Die Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) stärkt durch finanzielle Zuwendungen die Zeitschrift +972, das „Ma’an Development

Center“, Addameer, Al-Haq und Al Mezan, die wiederum der BDS-Bewegung bei antiisraelischen Aktionen assistieren. Im November 2017 musste die Heinrich-Böll Stiftung die Konferenz „30 Jahre Intifada“ absagen, nachdem bekannt wurde, dass führende Vertreter der Hamas und PLFP sprechen sollten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) bezuschusst unter anderem die „Union of Agricultural Work Committees“ (UAWC), den Landwirtschaftsverband der Terrororganisation PLFP, sowie die BDS-Gruppen „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI), „Applied Research Institute Jerusalem“ (ARIJ), „Combatants for Peace“ und „Zochrot“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) arbeitet unter anderem mit der „Society of St. Yves“, die an der BDS-Bewegung partizipiert und den Terror als „Widerstand“ bezeichnet, sowie mit den BDS-Gruppen „Institute of Law at Birzeit University“ und „The Palestine Strategy Group“ zusammen. Die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) fördert die BDS-nahen Gruppen „I’lam“ und „Shatil/New Israel Fund“ ([www.ngo-monitor.org/reports/bundesdeutsche-organisationen-mit-einfluss-auf-die-zivilgesellschaft-im-arabisch-israelischen-konflikt/](http://www.ngo-monitor.org/reports/bundesdeutsche-organisationen-mit-einfluss-auf-die-zivilgesellschaft-im-arabisch-israelischen-konflikt/)).

Die Bundesregierung verfolgt gegenüber der BDS-Bewegung einen Kurs des Sich-Wegduckens und des Ignorierens. Das wird erkennbar aus den Antworten auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Anton Friesen und der Fraktion der AfD; dort heißt es: „Die Bundesregierung äußert sich zu Verbotsüberlegungen generell nicht, unabhängig davon, ob hierzu im Einzelfall überhaupt Anlass besteht. Die Bundesregierung weist allerdings darauf hin, dass der Vereinsbegriff des Vereinsgesetzes ein in jeder Weise offener Begriff ist.“ (Drs. 19/4248). Das Verbot der BDS-Bewegung durch das Vereinsrecht hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller (SPD) angeregt. In ihrer Antwort zu den extremistischen Tendenzen von BDS verweist die Bundesregierung darauf, dass die Bewegung zu heterogen sei, um sie „pauschal“ als extremistisch zu bewerten.

Demgegenüber gibt es in Deutschland ein breites gesellschaftliches Bündnis, das die BDS-Bewegung als antisemitisch ansieht. Dieses Bündnis bewertet den von der BDS-Bewegung gepflegten Antizionismus als den Antisemitismus der gebildeten Kreise.